

HOFHEIMGERECHT

A faint, large red lion logo is visible in the background, centered behind the text. The lion is depicted in a rampant position, facing left, with its right paw raised and its tail curved upwards.

**Kommunalwahlprogramm der
SPD Hofheim
2011 - 2016**

www.kommunalwahl-hofheim.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Hofheim – Die Stadt entwickelt sich aus ihrem Zentrum	7
Nahversorgung in den Stadtteilen als kommunale Aufgabe	9
Hofheim – Stadt im Grünen	10
Hofheim als Vorreiter der Nutzung erneuerbarer Energien	10
Hofheim als attraktiver Wohnstandort	12
Hofheim – Familienstadt im Taunus Wir machen Politik für alle Generationen	13
Mobilität in Hofheim	15
Arbeits- und Wirtschaftsstadt Hofheim	16
Unsere Politik für Frauen	18
Unsere Politik für Senioren	19
Unsere Politik für Menschen mit Behinderung	21
Wir sind bunt – und das ist gut so	22
Unsere Politik für die Jugend	23
Hofheim – aber sicher!	25
Hofheim – die Stadt der Vereine	26
Interkommunale Zusammenarbeit	28
Hofheim – globale Verantwortung	30

HofheimGerecht – Kommunalwahlprogramm der SPD Hofheim

In unserer Stadt soll soziale Demokratie verwirklicht werden. Die Hofheimer SPD steht zu ihren Grundwerten Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Wir wollen dies in unserer Politik vor Ort verwirklichen.

Wir haben in den letzten Jahren vieles umgesetzt, was unser Hofheim zukunftsfester macht.

Sei es im Bereich der Kinderbetreuung, wo wir allein bei den Krabbelplätzen innerhalb von 10 Jahren 14-mal so viele Plätze geschaffen haben oder im Bereich der außerschulischen Betreuung. Hier wurde das Angebot fast verdreifacht.

Sei es im Bereich der Seniorenarbeit, wo wir das Netzwerk für die Menschen in Zusammenarbeit mit Seniorennachbarschaftshilfe, Hospizverein und städtischen Angeboten neu geknüpft und damit ausgeweitet haben.

Sei es im Bereich des Klimaschutzes, wo wir mit Initiativen wie Bürger-solaranlagen, modellhafte Sanierungen von Häusern in Zusammenarbeit mit der Hofheimer Wohnungsbau Gesellschaft und einem konsequenten Investitionsprogramm über die Jahre über 1 Mio. Euro Energiekosten und 4.600 t CO₂ eingespart haben.

Sei es im Bereich der Stadtentwicklung, wo wir endlich das Chinon-Center mit einem Kino eröffnen konnten und unter großer Bürgerbeteiligung den Umbau des Kellerei- und Chinonplatzes begonnen haben.

Sei es im Bereich der Wirtschaftsförderung, wo wir mit Unternehmerabenden und Businessstagen den Bestand gepflegt und eine bessere Vernetzung vor Ort erreicht haben. Oder sei es mit einem Hofheimer Innovationszentrum, was einmalig im Main-Taunus-Kreis ist, wo neue Ideen eine Heimstätte und Unterstützung erfahren.

Sei es im Bereich der Vereinsförderung, wo wir gemeinsam mit den Vereinen neue Akzente in der Unterstützung erarbeitet haben.

Diese Liste ließe sich noch weiterführen.

Für die SPD war immer wichtig: zukunftsgewandte Konzepte mit Menschen, Vereinen und Institutionen vor Ort entwickeln, die finanzierbar und nachhaltig sind.

In der Kommune gestalten Bürgerinnen und Bürger ihr unmittelbares Umfeld, bestimmen die Leistungen der Stadt und stellen die Weichen für die Zukunft. Hier zeigt sich, wie geschlossen eine Gesellschaft ist, wie stark die Teilhabe aller an der Gemeinschaft gewünscht und gefördert wird. Hier zeigt sich, wie zukunftsfähig wir unsere Stadt im Sinne der wirtschaftlichen Entwicklung, der Energiewende und des Klimaschutzes gestalten.

Diese kommunale Eigenständigkeit ist in ernster Gefahr. Die Klientelpolitik von CDU und FDP führen zu massiven Einschränkungen der kommunalen Selbstverwaltung, sei es durch eine Mövenpick-Steuer auf Bundesebene oder durch die massive Kürzung der Kommunalfinanzen in Höhe von jährlich 360 Mio. Euro durch die CDU und FDP-Landesregierung.

Aber auch die CDU und FDP in Hofheim haben ihre Klientelpolitik gelebt – auf Kosten aller. Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommune wird z. B. durch das übergroße Bürgerhaus in Marxheim für 300.000 Euro Mietkosten pro Jahr für die nächsten 20 Jahre eingeschränkt.

Die SPD setzt sich für starke Kommunen ein, denn „Ohne Stadt ist kein Staat zu machen“!

Wir brauchen starke Kommunen, weil wir vor großen Veränderungen stehen, die zuerst vor Ort das Leben beeinflussen werden.

Bevölkerung

Wir leben in einer Region, die, im Gegensatz zum Großteil der anderen hessischen Landkreise, auch in Zukunft noch eine stabile Bevölkerungszahl haben wird. Doch auch wenn die Zahl gleich bleiben wird, so verändert sich der Altersaufbau dramatisch. Bis 2030 werden wir eine Zunahme der ab 65-Jährigen von 23% und der Hochbetagten ab 80 Jahre um 55% haben. Der Anteil der Menschen mit einem Migrationshintergrund wird deutlich zunehmen.

Einkommensverhältnisse

Während heute rund 2,5 % der Menschen im Rentenalter unter Altersarmut leiden, gehen Experten davon aus, dass 2030 rund 25% in dieser Situation sein werden. Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Heute keinen Mindestlohn und keine feste Anstellung zu haben, zieht zwangsläufig Armut und Altersarmut nach sich.

Arbeits- und Berufsleben

Jedes Jahr ziehen allein in Hofheim rund 2.000 Menschen zu und weg. Der größte Anteil von ihnen ist wegen einer Anstellung im Rhein-Main-Gebiet hierher gekommen. Schon heute hat der Großteil der Berufsanfänger und jungen Menschen nur einen Zeitvertrag oder gar nur einen Praktikumsplatz. Gleichzeitig leidet Deutschland schon heute unter einem Fachkräftemangel, der noch zunehmen wird. Wir befinden uns in einem globalen Wettbewerb, der auch ein Wettbewerb um gut ausgebildete Menschen ist.

Klimawandel

Bis zum Jahr 2100 wird, abhängig vom künftigen CO₂-Ausstoß und der tatsächlichen Reaktion des Klimasystems darauf von Experten eine Erwärmung um 1,1 bis 6,4 °C erwartet. Mit fatalen Folgen: Verstärkte Gletscherschmelze, steigende Meeresspiegel, veränderte Niederschlagsmuster, zunehmende Wetterextreme. Da das Klima nichts vergisst, müssen wir heute unser Verhalten verändern. Eine globale Aufgabe, die aber lokal angegangen werden muss.

Energie

Experten gehen davon aus, dass wir nur noch wenige Jahrzehnte auf die Ressource Erdöl zurückgreifen können. Die Atomenergie ist für uns keine Alternative, weil die Fragen der Sicherheit in der Erzeugung und in der Endlagerung nicht befriedigend beantwortet werden können. Daher brauchen wir die Energiewende jetzt! Weniger Verbrauch und mehr dezentrale alternative Energiequellen zu schaffen, sind für uns die lokale Antwort.

Die SPD setzt sich für eine starke, handelnde Kommune ein, die aktiv diese Herausforderungen annimmt und vor Ort Gemeinschaft und Gesellschaft gestaltet.

Hofheim – Die Stadt entwickelt sich aus ihrem Zentrum

Wir Sozialdemokraten wollen eine Stadt, in der alle Menschen ihren Platz finden. Ob sie nun mehr oder weniger Geld haben, ob sie alleine oder in einer Großfamilie leben, ob sie besondere Hilfe brauchen oder nicht. Die Versorgung mit Wohnraum ist eine kommunale Aufgabe.

Wir müssen heute unsere Stadt gemeinsam so planen, dass sie in 20 oder 30 Jahren genauso zukunftsfähig und attraktiv ist wie heute.

Die Sozialdemokraten waren die einzige Partei und Fraktion, die immer geschlossen für die Entwicklung des Chinonplatzes gestimmt hat. Dass nun viele das Lob über die gelungene Ergänzung zu unserer Altstadt mitnehmen wollen, sehen wir als späte Einsicht. Wir sind für die Erweiterung des Angebotes eingetreten, damit auch der Einkauf für den kleineren Geldbeutel möglich ist. Für uns sind auch die Arbeits- und Ausbildungsplätze, die im Chinon-Center entstanden sind, wichtig für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Dies ist nun gelungen.

Das Zentrum ist heute eine wunderbare Verbindung zwischen Alt und Neu, zwischen Leben, Wohnen und Arbeiten.

Die Arbeit geht weiter – wir wollen da, wo wir heute schon stark sind, in Zukunft noch stärker werden! Hofheims Wahrnehmung in der Region ist ganz entscheidend durch seine Altstadt geprägt. Die Neugestaltung des Kellereiplatzes wird diesem Bereich eine ganz neue Qualität verleihen. Wir werden darauf achten, dass der Neubau der Stadtbücherei eine gute Einbindung, aber auch einen Übergang zwischen Alt und Neu darstellt. Wir sehen in der Kombination von Kellereigebäude, in das Vereine und das Seniorenzentrum eingezogen sind, dem Haus der Jugend, dem Stadtmuseum und der Stadtbücherei eine positive Verbindung unserer Bildungsträger. Verschiedene Generationen und verschiedene Gruppen unserer Gesellschaft treffen zusammen. Hier wurden Räume geschaffen, die ganz wichtig für das Zusammenleben in unserer Stadt sein werden. Eine Qualität, die Hofheim ausmacht.

Wir müssen diese noch bewusster wahrnehmen und transportieren. In Zusammenarbeit mit den Einzelhändlern, Dienstleistern und Eigentümern in der Altstadt wollen wir diese Stärken weiter herausarbeiten und gemeinsam nach Außen tragen.

Unsere Gesellschaft wird immer mehr gespalten. Die Frage der Parallelgesellschaften lässt sich nicht auf die mangelnde Integration von Migranten und Deutschen reduzieren, sondern gilt auch zwischen Jung und Alt, Reich und Arm.

Unsere Stadt wird sich nur positiv weiterentwickeln, wenn wir hier sicher leben können, wenn wir den Ausgleich zwischen allen Gruppen schaffen und nicht Klientelpolitik betreiben. Dies kann nur durch eine aktive Bürgergesellschaft erreicht werden, die sich um alle bemüht und die versucht, alle einzubinden und deren Teilhabe sicherzustellen.

Daher ist und bleibt Bürgerbeteiligung für die SPD ein wichtiges Anliegen. Wir wollen dies gemeinsam mit unseren Gremien weiterentwickeln, auch für den Bereich der Finanzen, zum Beispiel durch einen Bürgerhaushalt.

Wir haben in Hofheim dank unserer Bürgermeisterin Gisela Stang und unserem Planungs- und Umweltdezernenten Wolfgang Winckler zwei Verantwortliche, die in ihren Bereichen immer den Dialog und den Ausgleich zwischen den verschiedenen Gruppen herstellen.

Teilhabe aller ist eine ständige Aufgabe – und nicht nur nach Kassenlage.

Wichtig ist, dass städtische Angebote für alle Menschen bezahlbar sind. Niedrige Einkommen dürfen kein Grund sein, nicht in die Stadtbücherei oder ins Stadtmuseum gehen zu können.

Wenn sich die Haushaltslage der Stadt Hofheim nicht verbessert, sondern durch Projekte wie das überdimensionierte Bürgerhaus Marxheim u. ä. weiter verschlechtert, dann ist aber bald kein Geld mehr für freiwillige Leistungen da, denn schon heute entfallen ca. 80 % der Ausgaben auf Pflichtausgaben, bei denen auf Grund gesetzlicher Vorgaben nichts eingespart werden kann. Gestrichen werden kann nur bei den so

genannten „freiwilligen Leistungen“, und diese betreffen den Sozial- und Kulturbereich. Wir benötigen kostenlose kulturelle Angebote, angefangen vom Kinderkino bis zum Kreisstadtsommer, und auch ein Haus der Jugend mit Hausaufgabenhilfe, Schuldnerberatung oder sonstiger Sozialarbeit.

Wir brauchen eine starke Stadt, die alle Bevölkerungsgruppen ins öffentliche Leben einbezieht und teilhaben lässt. Die SPD stellt sich der Verantwortung, bevor Eintrittsgelder beim Kreisstadt-Sommer erhoben werden müssen, bevor der Theater- oder Museumsbesuch für viele nicht mehr bezahlbar ist oder der Familienpass für die Stadtbücherei in Frage gestellt wird, weil kein Geld mehr in der Stadtkasse ist.

Eine moderate Erhöhung der Grundsteuer ist für uns daher eine echte Alternative und würde eine dauerhafte stetige Einnahme sichern. Dies ist unserer Meinung nach die einzige sozial vertretbare Möglichkeit, eine dauerhafte Verbesserung der Haushaltssituation zu erzielen. Die Belastung der Einwohner durch die Grundsteuer hält sich angesichts der tatsächlichen Beträge pro Grundstück in Grenzen und Mieter in Mehrfamilienhäusern werden dadurch wesentlich weniger belastet werden als Eigentümer großer Villengrundstücke. Für eine 3-Zimmer-Wohnung mit 60 qm Wohnfläche würde die Erhöhung des Hebesatzes auf 280% lediglich 43 Euro im Jahr betragen.

Nahversorgung in den Stadtteilen als kommunale Aufgabe

So gut die Einzelhandelsversorgung im Zentrum geworden ist, in einigen unserer Stadtteile wird die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs wie auch die ärztliche Versorgung zum Problem. Dies betrifft vor allem unsere älteren Mitbürger, aber auch Alleinerziehende und ihre Kinder, die sich kein Auto leisten können. Mobilität wird noch teurer und hierdurch werden Bürgerinnen und Bürger überdurchschnittlich belastet, die allein auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen sind.

Die Stadt darf diese Menschen nicht allein lassen, Patentrezepte gibt es nicht. Stadtpolitik muss hier offen sein für neue Modelle und muss

immer wieder den Mut haben, neue Projekte auszuprobieren. Diesen Mut haben wir schon mit dem Dorfladen Wildsachsen und durch unsere Beharrlichkeit, wieder eine Ärztin nach Wildsachsen zu holen, gezeigt.

Hofheim – Stadt im Grünen

Hofheim liegt am Rande des Taunus und der Großteil der Fläche ist Feld und Wald. Diese Gebiete sind nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger von Hofheim wichtige Naherholungsgebiete. Unser Wald ist für seine nachhaltige Bewirtschaftung zertifiziert. Aber nicht nur der Wald hat eine wichtige ökologische, soziale und wirtschaftliche Aufgabe. Die SPD Hofheim unterstützt die Landwirte bei ihren Bemühungen, gesunde, schmackhafte Lebensmittel ortsnah zu produzieren und dabei auch dem Erhalt und der Pflege der Landschaft zu dienen. Naturbelassene Naherholungsgebiete sollen den Hofheimer Bürgern erhalten bleiben. Landwirte leisten einen wichtigen Beitrag dazu.

Hofheim als Vorreiter der Nutzung erneuerbarer Energien

In naher Zukunft werden die Preise der fossil-atomaren Energieträger die Preise der erneuerbaren Energien übersteigen. Wer erst dann anfängt, seine Energieversorgung umzubauen, der hat viel Zeit und auch viel Kapital verloren.

Mit dem im Jahr 2010 vorgelegten „10-Punkte-Programm – Für ein Hofheim mit viel Sonne und noch mehr Öko-Energie“ unterbreiten wir ein schon heute umsetzbares Konzept.

Die Wende zu einer nachhaltigen Energiewirtschaft stellt für uns Sozialdemokraten eine der zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre dar. Wir wollen den Ausbau beschleunigen und sowohl Strategien als auch Konzepte für ein CO₂ freies Hofheim entwickeln. Wir wollen, dass die Stadt Hofheim künftig bereits in ihrer Stadt- und Bauplanung unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten die möglichst

optimale Nutzung der erneuerbaren Energien vorsieht (z. B. Fotovoltaik, Solarthermie zur Brauch- und Heizwassererwärmung).

Anlagen der erneuerbaren Energien erwirtschaften in doppelter Hinsicht Geld in die klammen kommunalen Kassen, zum einen durch Erträge, wenn sich die Anlage in kommunalem Besitz befindet, und zum anderen durch nicht unerhebliche Gewerbesteueranteile. Die regionale Wertschöpfung wollen wir auch auf diese Weise stärken.

Erneuerbare Energien und energieeffiziente Maßnahmen machen Bürgerinnen und Bürger sowie kleine und mittlere Unternehmen unabhängiger von steigenden Rohstoffpreisen.

Wir sagen Ja zum Ausbau eigener, vielleicht sogar genossenschaftlich organisierter, Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien, auch im Bereich der Wasser- und Abfallwirtschaft. Die Akzeptanz der Erzeugung von erneuerbarer Energien steigt, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger an solchen Projekten beteiligen können.

Wir begrüßen den Rückkauf der Stromnetze durch die Kommunen, um so wieder einen größeren politischen Einfluss auf die kommunale Energiepolitik gewinnen zu können und den Anteil erneuerbarer Energien darüber noch auszuweiten.

Wir wollen, dass die kommunalen Stromnetze zu einem intelligenten Netz (Smart Grid) umgebaut werden, welches die Aufnahme und Verteilung erneuerbarer Energien erleichtert.

Wir wollen die Einführung erneuerbarer Energien durch innovative Finanzierungs- und Bürgerbeteiligungsmodelle beschleunigen.

Wir treten mit Nachdruck dafür ein, dass Energie eingespart wird durch Wärmeschutz, Heizungs- und Fensteraustausch, Photovoltaikanlagen usw. Seit dem Jahr 1998 konnten wir bereits eine kumulierte Einsparung von über 1,25 Mio. Euro und 4.600 t CO₂ erzielen.

Wir sagen eindeutig Ja zum Ausbau von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien, auch im Bereich der Wasser- und Abfallwirtschaft. Die Akzeptanz dafür steigt, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger an solchen Projekten beteiligen können. Daher unterstützen wir nachhaltig die Gründung einer BürgerInnen-Solar-Genossenschaft in Hofheim und

werben dafür, dass sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger aus allen Schichten, aber auch Vereine und Unternehmen, daran beteiligen. Wir wollen hierfür lokale Energieagenturen verstärkt fördern, die unabhängige Beratungsleistungen für Unternehmen, Politik und Bürger jeden Alters erbringen.

Hofheim als attraktiver Wohnstandort

Hofheim ist in den letzten Jahren um mehr als 500 Neubürger gewachsen. Auch wenn wir mit unserem Planungsdezernenten Wolfgang Winckler jemanden haben, der sehr behutsam die Bebauungspläne anpasst und die Kompromisse zwischen Alt und Neu sucht, so ist diese Möglichkeit des Wachstums begrenzt. Nach wie vor streben jüngere, oft hochqualifizierte Menschen ins Rhein-Main-Gebiet. Hofheim ist ein attraktiver Wohnstandort im Grünen mit einer sehr guten Infrastruktur zum Leben. Die Sozialstruktur und die wirtschaftliche Zukunft unserer Stadt werden von diesen Menschen positiv geprägt.

Wie das Gelände der Vorderheide zeigt, stößt die Entwicklung neuer Wohngebiete an ökologische und wirtschaftliche Grenzen, verstärkt aber auch an Grenzen der Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern. Die Sozialdemokraten haben immer betont, dass dieses Baugebiet nur kommen kann, wenn die ökologischen und verkehrlichen Fragen geklärt sind und die Baugebietsentwicklung sich selbst trägt. Dazu stehen wir weiterhin.

Ohne neue Ausweisungen entsteht aber eine Verknappung von Flächen. Das führt bei einer kontinuierlichen Nachfrage zu einer Steigerung der Preise. Wir sind schon jetzt im Wettstreit um die höchsten Immobilienpreise mit Starnberg. Wir wollen, dass auch noch die Kinder und Enkelkinder der Hofheimer in Hofheim bezahlbare Wohnungen finden.

Die Nachfrage nach preiswertem Wohnraum wird weiter steigen. Die wirtschaftliche Verarmung, insbesondere von älteren Menschen und von Familien, wird zunehmen. Angesichts der gestiegenen Nachfrage nach preiswertem Wohnraum müssen daher auf städtischen Grundstücken

vor allem kleinere und bezahlbare sowie barrierefreie, bzw. behindertengerechte Wohnungen entstehen.

Wenn wir neue Baugebiete entwickeln, müssen dort Gebäude entstehen können, die für generationsübergreifendes Wohnen oder für Seniorenwohngemeinschaften geeignet sind. Wir sehen hier wichtige Aufgaben für die Hofheimer Wohnungsbaugesellschaft. Deshalb werden wir alle eventuellen Versuche, die HWB zu verkaufen oder Teile zu privatisieren, strikt ablehnen.

Wir wollen zur Stärkung der Mietermitbestimmung einen Mieterbeirat bei der Hofheimer Wohnungsbau GmbH einrichten. Mieterinnen und Mieter sollen bei wesentlichen Entscheidungen des Unternehmens wie bei Baumaßnahmen, Sanierungen, Modernisierungen und Veränderungen des Wohnumfeldes sowie bei Mieterhöhungen ein Informationsrecht, ein Vorschlagsrecht und ein Recht zur Stellungnahme haben.

Hofheim – Familienstadt im Taunus Wir machen Politik für alle Generationen

Wir Sozialdemokraten wollen nicht urteilen, welche Formen des Zusammenlebens besser oder schlechter sind, sondern wollen die Familien individuell in ihrer Lebenssituation unterstützen. Dazu gehört eine qualitätsvolle Kinderbetreuung. Von klein auf bis zur Schule brauchen Kinder auf ihre Bedürfnisse abgestimmte Angebote. Dazu gehören auch bezahlbare Angebote für die Ferien. Wir haben in Hofheim erreicht, dass wir in den 33 Kinderbetreuungseinrichtungen 15 verschiedene Träger und damit Konzepte haben. Diese Qualität gilt es zu erhalten und gemeinsam weiterzuentwickeln. Die Kinder brauchen einen guten Start ins Leben. Kein Kind soll aufgrund seiner Herkunft oder der Größe des Geldbeutels seiner Eltern zurückbleiben. Das Geld, das wir hier investieren, wird vielfach verzinst.

Kinderbetreuung sollte kostenfrei für die Eltern sein. Dies kann aber nur umgesetzt werden, wenn das Land und / oder der Bund ihrer Verantwortung endlich gerecht werden. Entweder muss den Kommunen mehr

Geld gegeben werden, oder es müssen, wie es die sozialdemokratische Landesregierung in Rhein-Land-Pfalz beschlossen hat, die Kosten durch das Land übernommen werden.

Für uns machen aber nicht nur Angebote für Kinderbetreuung eine familienfreundliche Stadt aus. Kinder und Jugendliche sind, ebenso wie Erwachsene, Bürger unserer Stadt. Sie werden in Hofheim ernst genommen. Daher wollen wir die Beteiligungsformen über die Kinder- und Schülerparlamente weiterentwickeln.

Wir haben mit dem Familienzentrum in Langenhain in Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirchengemeinde und dem Dekanat ein Modellprojekt geschaffen, von dem andere profitieren können. Hilfs- und Unterstützungsangebote werden für Eltern vor Ort integriert.

Familie heißt nicht nur Kinderpolitik, sondern Politik für alle Generationen. Leider wachsen viele Kinder ohne Großeltern vor Ort auf. Und es gibt viele Senioren, die gerne ihr Wissen und ihre Zuwendung an die jüngeren Generationen weitergeben und auch die Zwischengeneration entlasten möchten. So können generationsübergreifende Projekte für alle ein Gewinn sein und die ältere Generation fühlt sich nicht mehr als „altes Eisen“, sondern als wichtiger Teil innerhalb der Gesellschaft. Solche generationsübergreifenden Projekte wollen wir initiieren, fördern und begleiten.

Mobilität in Hofheim

Mit starker Beteiligung der Bürger ist 2009 der Verkehrsentwicklungsplan für unsere Stadt entstanden. Nun dürfen wir diesen Plan nicht in den Schrank stellen und mit Insellösungen wieder das Werk in Frage stellen. Wir wollen gemeinsam an der Umsetzung arbeiten:

- Alle Fußgänger, auch Kinder und Menschen mit Behinderungen sollen sich in Hofheim und seinen Stadtteilen sicher bewegen können.
- Ein Parkleitsystem und Anwohnerparken sollen in der Altstadt überflüssigen Suchverkehr vermeiden.
- Durch Schutzstreifen und verbesserte Wegweisung soll es mehr Sicherheit für Radfahrer geben.

Wir wollen Mobilität ohne Auto unterstützen. Doch schon heute ist die Belastung der Innenstadt durch den Verkehr enorm. Nach wie vor leiden die Menschen in Hofheim unter dem starken Verkehr auf der Ortsdurchfahrt der B 519. Weil das Land mit der Schaffung des Baurechts nicht vorankommt, steht die Realisierung der Ortsumgehung in den Sternen. Wir werden das Land nicht aus seiner Mitverantwortung für die Schaffung erträglicher Verkehrsverhältnisse entlassen und weiterhin Druck machen.

Laufen und Radfahren sind nicht nur ökologisch die besten Fortbewegungsarten, sondern auch die preisgünstigsten. Auch deswegen wollen wir die Vorschläge des Verkehrsentwicklungsplans zur Verbesserung der Fuß- und Radwegeverbindungen umsetzen.

Busse und Bahnen sind inzwischen für viele unserer Mitbürger – Kinder, Jugendliche oder Menschen ohne Arbeit – zu teuer geworden. Ein besseres System bei den Kurzstreckentarifen und Vergünstigungen für Einkommensschwache sind nötig.

Wir sehen die Dringlichkeit eines guten und preisgünstigen ÖPNV, gerade für die vielen Pendler/innen in und nach Hofheim. Eine gute Verkehrsverbindung zum Flughafen ist notwendig und von Bedeutung für Hofheimer Beschäftigte am Flughafen und den vielen Versorgungsbetrieben dort, aber sicherlich auch Standort-Plus für das Hotel- und Gaststättengewerbe in Hofheim. Die ökologischen Vorteile sind hinreichend bekannt.

Wir möchten, dass auch Busse und Bahnen sich den veränderten Bedürfnissen einer älter werdenden Gesellschaft anpassen. Hier braucht es neue Konzepte, die teilweise kleinräumiger und individueller sein müssen. Diese wollen wir zusammen mit unserem Seniorenbeirat und den Verkehrsträgern entwickeln. Vor allem aber müssen Busse und Bahnen barrierefrei erreichbar sein. Nachdem der Umbau des Südausganges des Bahnhofs bald realisiert sein wird, setzt sich die SPD Hofheim daher für die zügige Schaffung eines barrierefreien Zugangs auch zum Bahnhof in Lorsbach ein.

Arbeits- und Wirtschaftsstadt Hofheim

In Hofheim ist Arbeit und Leben wichtig: In Hofheim sind große, international operierende Firmen wie Polar-Mohr, weltgrößter Hersteller von Papierschnidmaschinen oder IKEA zu Hause. Ferner sind in Hofheim Medienfirmen, IT-Unternehmen, Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie Firmen und Beratungsgesellschaften zu regenerativen Energien ansässig.

Dank der guten Wirtschaftspolitik von Bürgermeisterin Gisela Stang und Planungsdezernent Wolfgang Winckler konnte der Bestand von rund 3.000 klein- und mittelständischen Handels-, Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben gehalten und ausgebaut werden. Neue Ideen bekommen Starthilfe und Unterstützung auch im Hofheimer Innovationszentrum (HIZ), das erste seiner Art im Main-Taunus-Kreis.

Dieses Engagement ist wichtig, weil es die Arbeitsplätze vor Ort hält. Wir stehen im Wettbewerb nicht nur in der Region, sondern auch global.

Unser attraktives Umfeld, gute Lebens- und Arbeitsbedingungen und die moderne Infrastruktur sind Stärken, die wir erhalten und ausbauen müssen.

Unser arbeitsmarktpolitisches Ziel ist es, dass alle Bürgerinnen und Bürger in jeder Lebenssituation ein Angebot für Qualifizierung, Förderung und existenzsichernde Arbeit erhalten. Anders als andere Parteien setzen wir dabei auf Hilfe zur Selbsthilfe und positive Anreize.

Durch öffentliche Aufträge, die auch durch ortsansässige Unternehmen ausgeführt werden können, lassen sich hier gleichzeitig zusätzliche Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Wir plädieren für die Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Belangen in öffentlichen Ausschreibungen. Die SPD Hofheim setzt sich daher auch für ein Tariftreue-Gesetz in Hessen ein. Unzulängliche Entgelte lehnen wir ab, da sie durch unsere Steuergelder subventioniert werden. Das nützt letztendlich niemandem und stört das soziale und wirtschaftliche Miteinander.

Wir setzen uns für eine flächendeckende Breitbandversorgung in allen Stadtteilen ein, da dies heutzutage zu einer Grundversorgung mit Infrastruktur gehört.

Wir sind als SPD für Gemeinwohlorientierung statt Gewinnmaximierung in der öffentlichen Daseinsvorsorge, besonders im kommunalen Bereich. Daher sind wir als SPD gegen weitere Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, auch in der Form von PPP/ÖPP. Bei bereits vorhandenen PPP/ÖPP- Verträgen sind wir für Offenlegung und Transparenz. Es bedarf der konsequenten demokratischen Kontrolle durch die gewählten Vertreterinnen und Vertreter.

Begrüßt werden die Rekommunalisierungsbestrebungen der Stadt Hofheim zusammen mit anderen Kommunen im Umkreis hinsichtlich des Stromnetzes. Das geplante Gemeinschaftsunternehmen dieses Strom-Verbundwerkes könnte auch eine Minderheitsbeteiligung eines Stromversorgungsunternehmens vorsehen, um die rasche Einbeziehung des entsprechenden Know-Hows sicher zu stellen.

Unsere Politik für Frauen

Eine gute Familienpolitik nützt Frauen und Männern gleichermaßen; ohne ein gut ausgebautes Betreuungsangebot aber haben Frauen mit Kindern keine Chance auf ein gleichberechtigtes Leben. Erst wenn Frauen wählen können, ob, wie und in welchem Umfang ihre Kinder betreut werden sollen, spielt das Geschlecht für den eigenen Lebensweg und die Berufswahl keine Rolle mehr.

Die unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen und Männern sind in den verschiedenen Politikfeldern der Stadt Hofheim zu berücksichtigen. Alle Maßnahmen sind im Vorfeld auf ihre eventuell spezifischen Auswirkungen auf das jeweilige Geschlecht zu prüfen, der sog. Genderpolitik. Gerecht werden wir den unterschiedlichen Bedürfnissen und Lebenslagen von Frauen und Männern nur, wenn wir sie aktiv an der Stadtentwicklung teilhaben lassen, sie einbeziehen, mit ihnen planen und gestalten. Dies gilt für alle Frauen, egal in welcher Funktion sie sind, ob Unternehmerin, Arbeitnehmerin, Seniorin oder Jugendliche.

Armut im Main-Taunus-Kreis ist zum größten Teil weiblich. Alleinerziehende Frauen tragen neben Erwerbslosen das höchste Risiko in die Armut abzurutschen. Diese Frauen benötigen aktive Unterstützung, um sie vor diesem Risiko zu bewahren. Ohne Kinderbetreuung haben sie keine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Ohne Arbeitsstelle und Kinderbetreuung bleiben sie vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Die SPD Hofheim unterstützt diese Frauen durch ihr Eintreten für ausreichende und kostenfreie Kinderbetreuungsangebote.

Häusliche Gewalt findet meist gerade dort statt, wo Schutz und Geborgenheit gesucht werden, nämlich zu Hause. Häusliche Gewalt wird in über 80% der Fälle von Männern ausgeübt. Sie umfasst psychische Gewalt wie Drohungen, Erniedrigung und Isolation ebenso wie körperliche Gewalt bis hin zur sexuellen Gewalt, ja sogar Mord. Gewalt gegen Frauen und Kinder findet unabhängig von Einkommen, Bildungsstand und sozialer Schicht statt. Gewalt verletzt und zerstört das Selbstwertgefühl, die sozialen Beziehungen sowie die Lebens- und Arbeitsperspektiven der Opfer.

Um den Opfern schnelle Hilfe zu bieten, muss die Stadt Hofheim als eine von vielen Kommunen im Kreis die Beratungsstelle und das Frauenhaus von *Frauen helfen Frauen Main-Taunus-Kreis e.V.* in Hofheim weiterhin unterstützen. Alljährlich am 25. November findet der von den Vereinten Nationen deklarierte Internationale Tag zur Beseitigung jeder Form von Gewalt gegen Frauen statt, auch in Hofheim vor dem Rathaus. Diese Aktion muss als sichtbares Zeichen fortgeführt werden, denn sie zeigt, dass auch von kommunaler Seite zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen und Kinder aufgerufen wird.

Unsere Bürgermeisterin, Gisela Stang, hatte bei ihrer Politik immer auch die Hofheimer Frauen im Blick. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und gemeinsam mit den Hofheimerinnen und Hofheimern auch in Zukunft Politik für Frauen entwickeln und umsetzen.

Wir wollen Beratung und Unterstützung für Frauen ermöglichen, wie im Stadteilbüro in Hofheim-Nord. Dank der SPD erhielt Hofheim als eine der ersten Gemeinden im Kreis mit Gisela Stang eine Frau als Bürgermeisterin. Wie sehr sie die Bürgerinnen und Bürger als Vorbild für starke, selbstbestimmte und gestaltungsorientierte Politik sehen, bestätigte ihre Wiederwahl mit einem überwältigendem Ergebnis. Wir wollen die Hofheimerinnen und Hofheimer einladen, mit uns zusammen Politik für Frauen zu entwickeln und umzusetzen.

Unsere Politik für Senioren

Nicht nur wegen des medizinischen Fortschritts werden Menschen immer älter und damit die Seniorenarbeit in unserer Gesellschaft immer wichtiger. Die Hofheimer SPD stellt Beteiligung, Mitsprache und die Solidarität der Generationen in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Jung und Alt in gegenseitiger Hilfe und Achtung voreinander leben.

Daraus ergeben sich Themen und Aufgabenbereiche, die für uns von zentraler Bedeutung sind.

Wir wollen eine konsequente Einbindung älterer Bürger und Bürgerinnen in die politische Arbeit. Für uns ist der Seniorenbeirat keine freiwillige, sondern eine unverzichtbare Form der Beteiligung, weil er für uns das Forum des demographischen Wandels in unserer Stadt ist. Wie in der Vergangenheit wird er auch künftig mit unserer Unterstützung alle wichtigen Themen begleiten und mitbestimmen. Wir werden zusammen mit dem Seniorenbeirat an einer Verbreiterung der demokratischen Vertretung arbeiten.

Das von Bürgermeisterin Gisela Stang und der Seniorennachbarschaftshilfe ins Leben gerufene „Netzwerk Senioren“ muss weiterentwickelt werden. Neue Initiativen sind zu integrieren.

Es gilt, ältere, agile Menschen im Arbeitsprozess weiterhin einzubinden, damit deren Erfahrungen erhalten bleiben und weitergegeben werden. Die Auflösung starrer Altersgrenzen und lebenslanges Lernen, auch in Vorruhestand und Ruhestand gehören dazu.

Die Integration und Beteiligung gerade älterer Migranten stellt eine besondere Herausforderung dar, der wir uns gemeinsam mit dem Ausländerbeirat stellen wollen. Die Seniorenberatungsstelle im Rathaus kann auch hier Lotse und Wegweiser für ältere Migranten sein.

Altenwohnanlagen zu unterschiedlichen Formen des betreuten Wohnens, darunter Wohnangebote für Personen mit Migrationshintergrund, systematische Unterstützung von Initiativgruppen des Netzwerkes für gemeinschaftliches Wohnen und ambulant betreute Wohngemeinschaften müssen weiterentwickelt werden. Barrierefreies Wohnen ist sowohl durch den Neubau von behindertengerechten Wohnungen als auch den Umbau bestehender Wohnungen zu verwirklichen. Weiterhin stehen wir für den Ausbau von Hausgemeinschaften für Demenzkranke und die altengerechte Umgestaltung vorhandener Wohnungen.

Der Ausbau von Vermittlungs- und Beratungsstellen zu Pflegestützpunkten mit integrierter Pflegeberatung ist für uns ein besonders wichtiges Thema. Entwicklungsschwerpunkt ist hierbei die Krankenhausüberleitung mit Case-Management-Instrumenten, um die Fähigkeiten des

Patienten zum selbst bestimmten Leben zu fördern. Individuelle und im Umfeld liegende Ressourcen sind zu verknüpfen und höchstmögliche Effizienz im professionellen Hilfeprozess ist zu erreichen.

Weiterhin fordern wir die Schaffung eines dichten kommunalen Geriatrie-Netztes durch stationäre und teilstationäre geriatrische Versorgungsangebote, die den örtlichen Kliniken und Pflegeeinrichtungen angegliedert sind, sowie den Ausbau ambulanter geriatrisch rehabilitativer Tageskliniken.

Unsere Politik für Menschen mit Behinderung

Barrieren entstehen dadurch, dass Menschen aus verschiedenen Generationen, mit unterschiedlichen Fähigkeiten oder Handicaps sich nicht angstfrei und selbstbestimmt in unserer Stadt bewegen können. In unserer Stadt und in unseren Köpfen sollen diese Barrieren abgebaut werden. Dies ist die Aufgabe der Zukunft! Wichtig ist dabei, öffentliche Räume und Verkehrsmittel so zu gestalten, dass alle Menschen sie nutzen können. Um diese Aufgaben gut angehen zu können, ist weiterhin ein engagierter Beirat für Menschen mit Behinderung ein wichtiger Ansprechpartner. So wird Beteiligung und Teilhabe an den politischen Umsetzungsprozessen konkret gestaltet.

Kinder mit einer Behinderung sollen von Anfang an innerhalb der üblichen gesellschaftlichen Angebote aufwachsen und lernen können. Daher ist es unser Ziel, dass alle Kinderbetreuungseinrichtungen in Hofheim ganz selbstverständlich inklusiv arbeiten.

Leben und Teilhabe innerhalb einer Gesellschaft bedeutet nicht nur barrierefreier öffentlicher Raum, sondern auch barrierefreies Wohnen, wie es auch für Senioren gilt. Die Hofheimer Wohnungsbaugesellschaft soll dies durch den Neubau von behindertengerechten Wohnungen und den Umbau bestehender Wohnungen verwirklichen. Dafür braucht sie unsere politische Unterstützung!

Wir sind bunt – und das ist gut so

Deutschland ist Einwanderungsland, das gilt insbesondere auch für Hessen und unsere Städte und Gemeinden. Einwanderung bedeutet sowohl eine wirtschaftliche als auch eine kulturelle Bereicherung für alle Teile unseres Landes. Sie wird in Zeiten der Globalisierung unaufhaltsam weitergehen.

Um die positiven Aspekte der Einwanderung nicht nur für unsere Kommunen, sondern auch für die Eingewanderten selbst so attraktiv und effektiv wie möglich zu gestalten, verlangt diese auch eine gut funktionierende Integrationspolitik. Es sollen aber auch Problemkreise, die mit der Integration derzeit noch verbunden sind, aufgezeigt und mit effektiven Mitteln eingedämmt werden.

Integration stellt somit eine der zentralen Aufgaben bei der Gestaltung unserer Städte und Gemeinden dar, welcher wir uns verstärkt annehmen werden. Die Entwicklung von Projekten und Maßnahmen zur Verbesserung der Integration, die wir gemeinsam mit den örtlichen Jugendeinrichtungen erörtern und voranbringen wollen, sind uns hierbei besonders wichtig. Integration geht über die Sprache. Daher bleiben Sprachkurse und frühzeitige Sprachförderung weiterhin, ob im Kindergarten, ob bei spezifischen Frauenkursen vor Ort oder bei Nachhilfekursen im Haus der Jugend ein unerlässliches Thema. Wo auch immer, wichtig ist, dass die Unterstützung ankommt. Sprache ist Grundvoraussetzung für schulischen Erfolg.

Wenn dieser ausbleibt, sind Schwierigkeiten bei der Ausbildungsplatzsuche vorprogrammiert.

Wir setzen uns auch für die Einführung von individuellen Mentorenprogrammen für Eingewanderte ein, bei denen die verschiedenen Kulturkreise und Religionen berücksichtigt werden. Hierbei kann die Ehrenamtsbörse von zentraler Bedeutung sein.

Unsere Politik fragt nicht, woher unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger kommen, sondern wie sie unsere Stadt bereichern und weiterbringen. Die strikte Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit mit rechtsextremen

Kräften auf kommunaler Ebene, gleichgültig ob offen oder verdeckt bzw. innerhalb oder außerhalb des Parlaments, ist für uns hierbei zwingend.

Der demographische Wandel findet auch in der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund statt. Die erste Zuwanderergeneration, die hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden hat, erreicht nun das Renteneintrittsalter. Sie in das vielfältige städtische Angebot der offenen Seniorenarbeit zu integrieren, wird die Aufgabe der Zukunft sein.

So lange nicht das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger eingeführt ist, ist der Ausländerbeirat eine wichtige Verbindung. Er ist Sprachrohr in beide Richtungen und ein Wegbereiter für beiderseitiges Verständnis füreinander. Vieles ist selbstverständlich geworden, vieles leider noch nicht!

Integration bleibt eine Daueraufgabe – und sie ist eine Aufgabe für alle. Daher wollen wir gemeinsam das Integrationskonzept der Kreisstadt weiter entwickeln.

Unsere Politik für die Jugend

Die Zeit der Jugend beinhaltet neben der Abkopplung vom Elternhaus vor allem die Entwicklung von geistiger und sozialer Kompetenz sowie die Entfaltung eines eigenen Werte- und Normensystems. Daher muss auf kommunaler Ebene eine der obersten Prioritäten gerade darin bestehen, Jugendliche an der Gestaltung ihrer Umwelt teilhaben zu lassen.

Denn die Jugend von heute sichert die Zukunftsfähigkeit und den Bestand unserer Gesellschaft – und somit auch unserer Kommunen.

Mit Kinder- und Schülerparlament in Hofheim haben wir Instrumente, in denen junge Menschen rechtzeitig an die kommunalen Fragen herangeführt werden. Die Jugendlichen für die aktive Mitgestaltung auf ökologischen und sozialen Gebieten zu gewinnen, ist ein Ziel unserer Jugendarbeit.

Es muss allen Jugendlichen ein möglichst wohnortnaher Zugang zu Jugendkulturzentren geboten werden, zu Einrichtungen also, in denen sie sich – gegebenenfalls unter Anleitung und Aufsicht – mit Gleichaltrigen und Gleichgesinnten treffen und ihre Freizeit verbringen können. Die Schulen und Vereine bieten für ihre Schülerinnen und Schüler ein breites Angebot an künstlerischer und musikalischer Gestaltung und Entfaltung. Dies muss weiterhin gefördert werden. Diese Angebote und Einrichtungen müssen so gestaltet sein, dass eine armuts- oder herkunftsbedingte Ausgrenzung betroffener Jugendlicher unter allen Umständen ausgeschlossen ist.

Die in Hofheim umgesetzte Initiative „Wir helfen Kindern“ ist ein Programm, welches dem Zweck dient, Kindern zu helfen, die – aus welchen Gründen auch immer – in Schwierigkeiten geraten sind und dringend einen Erwachsenen brauchen, der ihnen Hilfestellung leistet. Wir befürworten diese Initiative und wollen prüfen, in wieweit sich diese noch weiter ausweiten oder verbessern lässt.

Kreativität ist auch im Bereich der Künste zu fördern und zu unterstützen. Graffitis sind Ausdrucksformen der heutigen Jugend, die von Älteren oft als störend empfunden werden, da sie oft wahllos angebracht werden. Öffentlich ausgewiesene Graffitiflächen können Raum für diese Aktivitäten sein und damit den Vandalismus durch Sprayer minimieren.

Für die sportlichen Entfaltungsmöglichkeiten jenseits der Vereinsmitgliedschaften ist eine ausreichende Zahl an Bolzplätzen zu gewährleisten. Sportpark Heide ist auch weiterhin für Jedermann offen zu halten.

Hofheim – aber sicher!

Die Sicherheit auf Hofheims Straßen und Plätzen ist ein zentrales Thema unserer Politik. Vorsorge ist für uns immer sinnvoller als Nachsorge. Durch gute und vernetzte Angebote im Kinder- und Jugendbereich mit den Schulen, durch eine qualitätsvolle offene Jugendarbeit, durch die fachliche Unterstützung der Jugendarbeit in Vereinen – und durch das Zusammenspiel von Polizei, Ordnungsbehörde und Jugendarbeit können die Menschen sich hier sicher fühlen.

Der Konsum von Drogen, Alkohol und sonstigen Rauschmitteln wird zum zunehmenden Problem in den Kommunen. Vor allem das so genannte „Komasaufen“ stellt in diesem Zusammenhang ein immer ernster werdendes Problem dar. Dabei müssen wir feststellen, dass die Konsumenten derartiger Rauschmittel immer jünger werden. Hier geht es darum, die Jugendarbeit gerade in der warmen Jahreszeit durch einen Mediator auf den Spielplätzen und informellen Treffpunkten zu verstärken. Dabei müssen für die betroffene Zielgruppe, nämlich den Jugendlichen, kostenlose Beratungs- und Trainingsprogramme an den örtlichen Schulen eingerichtet werden. Es ist erforderlich, dass diese Programme regelmäßig angeboten werden, um über die zumeist unterschätzten Wirkungen von Rauschmitteln jeglicher Art aufzuklären. Zum anderen sollen diese Maßnahmen schon frühzeitig als fester Bestandteil in das Bildungssystem integriert werden.

Wir brauchen Mediatoren mehr als den freiwilligen Polizeidienst. Die Polizei hat eine schwierige Aufgabe zu lösen, dazu braucht sie professionell ausgebildete Polizistinnen und Polizisten. Schwarze Sheriffs, wie in anderen Kommunen, wird es mit uns nicht geben. Wir setzen auf eine enge Verzahnung mit der Polizeistation Hofheim und der Polizeidirektion Main-Taunus um polizeiliche Präventionsprojekte, wie z. B. Vorbeugung von Wohnungseinbrüchen und Verhinderung von Unfallfluchten voranzutreiben.

Auch in der Bauplanung wollen wir eine frühzeitige Beteiligung der Polizei, um schon im Planungsansatz Kriminal- und Verkehrspräventions-

gesichtspunkte zu berücksichtigen. Kein Stadtteil darf innerlich und äußerlich verwahrlosen.

Dank Bürgermeisterin Gisela Stang ist unsere Stadt mit dem Haus der Jugend und ihren vielfältigen Angeboten Vorreiter in der Jugend- und Kriminalprävention. Sie wird ausdrücklich von der Polizei dafür gelobt.

Die Menschen können sich aber sicher auch fühlen, weil in den letzten Jahren viel in die Ausstattung der Feuerwehren investiert wurde. Doch Gebäude und Ausrüstung können nicht die Menschen ersetzen, die sie bedienen. Daher müssen wir in den nächsten Jahren gemeinsam nach neuen Wegen suchen, um mehr Frauen und Männer für den aktiven Feuerwehreinsatz zu gewinnen. Vielleicht ist es ein Weg, Kinder frühzeitig spielerisch in „Aktivgruppen“ zusammen mit DRK, THW und Feuerwehren an das große Abenteuer „Rettungswesen“ heranzuführen.

Hofheim – die Stadt der Vereine

Die Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich in Vereinen oder auch ohne Verein engagieren, sind ein wesentliches Fundament unserer Stadt. Ohne das Engagement aller Ehrenamtlichen wäre unsere Kreisstadt weit weniger liebens- und lebenswert.

Die Gesellschaft verändert sich – immer mehr Menschen sind immer kürzer in unserer Stadt. Auch sie brauchen die Einbindung, brauchen Wurzeln, brauchen das Gefühl von Gemeinschaft und Heimat. In Vereinen treffen Menschen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Herkunft zusammen. Hier ist *der* Ort, wo Integration alltäglich gelebt und Toleranz und Offenheit gelernt werden kann.

Die Vereine brauchen die Unterstützung der Stadt. „Köpfe brauchen Dächer“ war immer der Leitspruch der Sozialdemokraten. Dies war nicht nur zu Zeiten des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn so, der mit seinem Programm für Dorfgemeinschaftshäuser nach dem Krieg die vielen Flüchtlinge, Heimatvertriebenen und

alteingesessenen Bewohner zusammen gebracht hat. Dies ist heute nicht weniger wichtig.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass diese Möglichkeit auch weiterhin besteht – und dass Vereine, die sich Räume teilen, dies kostenlos tun können. Jedoch wissen wir auch, dass dies ein finanzieller Kraftakt in Zeiten schwieriger leerer Kassen ist. Daher müssen wir gemeinsam Prioritäten setzen und entscheiden, welche Gebäude sinnvoll von einem Verein betrieben werden können oder verkauft werden sollten. Mit der Selbstverwaltung der Gebäude leisten die Vereine einen wichtigen direkten Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushalts.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass wir lieber *ein* gut saniertes Haus haben, als drei schlechte. Denn der Zustand der Bürgerhäuser und Vereinsheime zeigt auch die Wertschätzung der Stadt gegenüber den Nutzern. Die SPD unterstützt den Bau eines Bürgerhauses für Marxheim. Doch sowohl der Standort außerhalb des Dorfkerns wie auch die Größe entsprechen nicht unseren Vorstellungen. Ein jährlicher Aufwand von 300.000 Euro für die nächsten 20 Jahre bindet zu viel Mittel, die wir optimaler für die Vereine eingesetzt hätten.

Eine andere wichtige Form der Wertschätzung sind Ehrungen langgedienter Vereinsmitglieder oder vorbildlicher Sportler, wenngleich dies immer nur ein symbolisches Dankeschön sein kann.

Das Ehrenamt muss – will es weiterhin attraktiv bleiben – mit der Zeit gehen. Wir brauchen eine stärkere Vernetzung. Die Internetplattform und die Ehrenamtsbörse sind der richtige Ansatz. Sie sollten Treffpunkt und Austausch aller Bürgerinnen und Bürger jeden Alters, aller Vereine und aller zukünftigen Mitglieder werden. Hier geht es um neue Ideen, neue Kooperationen und vielleicht auch um zeitlich befristete Projekt- und Mitarbeit. Diese steht den Vereinen und den ehrenamtlich Tätigen hilfreich zur Seite. Eine Ehrenamtsbörse sollte nicht nur den persönlichen Service vor Ort anbieten, sondern auch für alle ein großes Angebot an Informationen und Arbeitshilfen zum Download auf ihrer Webseite vorgehalten. Darüber hinaus ist es uns wichtig, dass die Ehrenamtlichen und die Funktionsträger in den Vereinen die Möglichkeit haben, sich

qualitativ optimal weiter- und fortzubilden. Auf diesen Seiten würde man zum Beispiel auch attraktive Angebote an Fortbildungen finden.

Die Anforderungen an Vereine sind heute andere als noch vor wenigen Jahren. Heute geht es viel um Finanzen und rechtliche Fragen, aber auch um viel zu viel Bürokratie.

Wir wollen deshalb, dass die Hofheimer Vereine weiterhin auch bei ihrer praktischen Arbeit gestärkt und unterstützt werden. Vereine, Verwaltung und Politik waren in der Vergangenheit wichtige Partner und dies sollten sie auch in Zukunft sein.

Interkommunale Zusammenarbeit

Kommunen übernehmen immer mehr Aufgaben und bekommen dafür von den CDU/FDP-geführten Regierungen in Bund und Ländern immer weniger Mittel. Dies kritisieren und klagen wir an!

Dennoch müssen wir nach wie vor immer überlegen, was unbedingt notwendig und was entbehrlich ist. Sinnvolle Investitionen sparen mittelfristig Geld. Versäumnisse der Vergangenheit holen uns ein und kosten dann noch mehr. So wurde jahrzehntelang im städtischen Gebäudebestand nur das Nötigste getan. Dies rächt sich nun. Daher wollen wir immer wieder die Frage stellen: Können nicht andere das Haus besser bewirtschaften und nutzen, brauchen wir es unbedingt? Welche Geräte oder welche Leistungen wollen wir hier in Hofheim vorhalten – oder was können wir von den Nachbarn ausleihen oder gemeinsam anschaffen?

Interkommunale Zusammenarbeit ist nicht nur aus finanziellen Gründen geboten. Gerade kleinere und mittlere Kommunen müssen nicht jede Leistung selber erbringen, sondern sollten ihr Personal gezielt einsetzen, Synergieeffekte nutzen und durch interkommunale Zusammenarbeit ihre Kompetenz ausbauen. Die Beispiele reichen von raumübergreifenden Lösungen wie der Rhein-Main-Therme bis zu kleinen Beispielen aus

dem Alltag der Verwaltung, wie ein gemeinsames Vergabewesen. Jeder Schritt kommunaler Kooperation ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Die Rekommunalisierung der Stromnetze ist ebenfalls ein großes und wichtiges Handlungsfeld, auf dem interkommunal agiert wird und gemeinsam nach innovativen und bezahlbaren Wegen der öffentlichen Versorgung gesucht wird.

Gezielt und kontinuierlich wird in der Verwaltung wie in der Stadtpolitik geprüft, auf welchen Gebieten interkommunale Zusammenarbeit ermöglicht werden kann. Mit einer kommunenübergreifenden Arbeitsgruppe, angestoßen von sozialdemokratischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Kreis, ist die Plattform geschaffen, auf der diese Entwicklung weiter vorangetrieben werden muss.

Für uns ist dies ein Weg, die polyzentrische Region weiter zu entwickeln – Zwangsverbände helfen allerdings nicht weiter. Die Kommunen im Rhein-Main-Gebiet sind stark, schaffen Identität und sind eigenständig. Die SPD hat sich bei allen Fragen der Regionalreform dafür eingesetzt, dass die Kommunen gestärkt werden. So tritt die SPD dafür ein, dass die Grundschulen wieder den Kommunen in die Trägerschaft gegeben werden – natürlich mit einer entsprechenden Kürzung der Schulumlage an den Kreis. Die Städte sind verantwortlich für die Schaffung von Krabbel- und Kindergartenplätzen. Die Stadt Hofheim hat seit Amtsantritt der Bürgermeisterin Gisela Stang viele Millionen Euro in den Ausbau der Betreuung investiert. Hier wurde nicht nach Zuständigkeiten gefragt, sondern den Familien geholfen. Daran wollen wir anknüpfen und nicht im Streit um Kompetenzen, Zuständigkeiten und Prioritäten kostbare Zeit und Chancen verlieren. Lasst uns handeln – heute!

Hofheim – globale Verantwortung

In unserer Stadt mitten in der Metropolregion Frankfurt / Rhein-Main ist die Globalisierung gelebte Wirklichkeit für viele Menschen, für viele Unternehmen vor Ort. Die Herausforderung für die Politik ist es, Globalisierung zu gestalten und Verantwortung in der EinenWelt zu übernehmen. Ein weltoffenes Hofheim stellt sich der globalen Verantwortung und setzt auf eine nachhaltige Politik, die das Klima schont, Ressourcen spart und sich gegen die Ausbeutung der Menschen, insbesondere gegen illegale Kinderarbeit und Lohndumping in den armen Ländern der Welt, einsetzt. Daher setzen wir in Hofheim auf eine nachhaltige Politik auch in der Vergabe und beim Einkauf – soziale und ökologische Standards müssen neben den wirtschaftlichen gleichberechtigt sein. Wir freuen uns, dass viele Organisationen, Vereine und Kirchen vor Ort sich dieser Verantwortung stellen. Auch in Hofheim hat sich ein Verein gegründet, der *Freundeskreis Hofheim-Tenkodogo e.V.*, der sich eine Entwicklungspartnerschaft als Ziel gesetzt hat.

Wir setzen uns dafür ein, dass sowohl Politik und Verwaltung von Hofheim diese Gruppen mit Rat und Tat unterstützen und ihre ehrenamtliche Arbeit erleichtern. Die Stadt Hofheim kann den vielen ehrenamtlich Aktiven bei ihrer Arbeit helfen, indem sie Netzwerke aufbaut und Zugänge z.B. zu Bildungseinrichtungen schafft.

Wir wollen, dass unsere Kinder und Jugendlichen in dieser globalen Welt bestehen können. Das Wissen um andere Kulturen, die Offenheit damit umzugehen, wird ein entscheidender Faktor in diesem globalen Wettbewerb sein. Globale Bildung, d.h. das Wissen um Zusammenhänge und ein Verständnis für kulturelle Verschiedenheiten soll in den Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Bildungsangeboten in der Bücherei und im Stadtmuseum zu einem ständigen Thema in unserer Stadt werden.

Der Rahmen für dieses Engagement findet sich in der Erklärung zu den Millenniumsentwicklungszielen der Vereinten Nationen. Als Zeichen und als Selbstverpflichtung wollen wir ein breites Bündnis für die Unterzeichnung dieser Erklärung durch unsere Stadt.

Herausgeber:

SPD Hofheim

vertreten durch den Vorsitzenden

Alexander Tulatz
Schlossstraße 49
65719 Hofheim

Dieses Programm wurde CO₂-neutral gedruckt.

**Wir zeigen schwarz-gelb
die rote Karte!**



**Am 27. März 2011 SPD
wählen!**